

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Abendzeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chinesischen Postamt.

10. Jahrgang

Tientsin, Sonnabend/Sonntag, den 25./26. Februar 1939.

Nr. 2579

Die deutsche Kolonialforderung wird künftig unser politisches Handeln bestimmen

Deutschlands Recht auf Kolonien

Berlin, den 25. Februar (Transocean) Der Führer des deutschen Kolonialbundes, Reichsstatthalter General Ritter von Epp, der seit Jahren zu den energischsten Vorkämpfern der deutschen Forderung auf die Rückgabe der geraubten Kolonien zählt, sprach am Freitag vor der bayrischen Führerschaft und den Mitgliedern des Reichskolonialbundes in Würzburg zur Kolonialfrage.

Während bisher die deutsche Forderung ausschliesslich auf die Rückgabe der geraubten Kolonien gelaute hat, erhob von Epp diesmal über diese Forderung hinausgehend ganz allgemein den naturgegebenen Anspruch eines der grössten Kulturvölker der Erde auf Teilhaberschaft an dieser Erde. Erstmals in diesem Zusammenhang sprach der Kolonialpionier von einer Erdräumplanung, die notwendig sei, um jenen Zustand zu beenden, dass den wenigen überreichen Besitzern eine so grosse Zahl Habenichtse gegenüberstehen.

Der General erklärte, „die deutsche Kolonialforderung wird künftig unser politisches Handeln bestimmen. Wir fordern die Besetzung der lächerlichen Vormundschaft über unser überseeisches Eigentum. Wir fordern darüber hinaus unsere Anteilnahme an der kommenden Erdräumplanung.“

Neben der rechtlichen Begründung gab von Epp auch eine politische Begründung für seine Forderung, indem er darauf hinwies, dass die riesigen Räume, die angemessen zu bevölkern und in den Dienst der Menschheit zu stellen, ihren Besitzern die Möglichkeit fehle, solange eine Gefahrenquelle für den Frieden darstellen müssten, wie, in den anderen Teilen der Erde zusammengedrängte, wachsende Völker ohne zusätzlichen Kolonialraum leben müssten. „Das sollen“, rief von Epp aus, „vor allem diejenigen bedenken, die glauben, die ganze Welt könne in Ewigkeit in „Haves“ und „Have-nots“ geteilt bleiben.“

Diese Leute, die ihren durch skrupellose Enteignung Anderer erworbenen Besitz sichern wollten und anstelle eines gerechten Ausgleichs sich einfach auf die blosse Macht beriefen und einer vernünftigen Revision ihre strategischen Notwendigkeiten entgegengesetzten, diese Leute sollten bedenken, dass sie damit auch für die „Have-nots“ die Basis der Ansprüche vom Recht zur Macht verschieben und sie vor ein Entweder-Oder stellen. Die natürlichen Lebensgesetze verlangten früher oder später die Wiederherstellung des Gleichgewichts. Davor gäbe es keine Auswege.

Der Führer bei der Parteigründungsfeier

München, den 25. Februar (Transocean) Anlässlich des 19. Jahrestages der Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei fand am Freitag Abend in München die traditionelle Erinnerungsfest statt. Adolf Hitler wollte selbst längere Zeit unter seinen ersten Mitkämpfern und richtete im Laufe des kameradschaftlichen Beisammenselns eine Ansprache an sie.

In einem Rückblick auf den nationalsozialistischen Kampf um die Macht und auf die aussenpolitischen Ereignisse der vergangenen Jahre hob der Führer dabei die Tatsache hervor, dass Punkt 1. des 1920 von München aus verkündeten Parteiprogramms, nämlich die Schaffung Grossdeutschlands, im vergangenen Jahre Wirklichkeit geworden sei.

Die einstündigen Ausführungen Adolf Hitlers wurden immer wieder durch stürmische Zustimmungskundgebungen unterbrochen.

Deutschland will nur Sicherung seines nationalen Lebens und Gerechtigkeit

Berlin, den 25. Februar (Transocean) Unter der Überschrift „Krieg in Sicht“ bringt der „Völkische Beobachter“ am Sonnabend Morgen einen Artikel des Reichsministers Dr. Goebbels, in dem es einleitend heisst:

„Wer in diesen Tagen und Wochen die ausländische Hetz- und Lügenpresse durchblättert, wird vielleicht auf der Gedanken kommen, dass Europa am Rande eines neuen Weltkrieges steht. Dabei ist es allgemein bekannt, dass sich in der internationalen Lage seit der Führerrede im Reichstag nichts wesentliches geändert hat.“

Zwar habe der Führer die Kolonialforderung erneut erhoben, aber das habe von jedem vernünftig und billig Denkenden erwartet werden müssen. Auch dass mittlerweile im Spanienkonflikt ein grundlegender Wandel eingetreten ist, habe einen Kenner der Dinge nicht überraschen können.

Die Demokratien seien nur wieder einmal hinter der Entwicklung hergehinkt, und die Probleme sind zum Teil ohne sie und zum Teil gegen sie gelöst worden, weil es die interne Dynamik der europäischen Situation erforderte. Die Demokratien hätten das alles viel billiger haben können, wenn sie die Machtstellung der autoritären Staaten richtig eingeschätzt hätten.

Dies scheine auch heute noch nicht der Fall zu sein, denn nun erhoben sie ein grosses Kriegsgeschrei und erklärten, ihre Völker müssten ungeheure nationale Opfer zur Aufrüstung auf sich nehmen, damit sie sich nicht weiter Uebergriffe der autoritären Staaten gefallen lassen müssten.

„Das ist eine Logik, die wir nicht verstehen“, schreibt Dr. Goebbels. „Man ist also offenbar entschlossen, die autoritären Staaten in einem geeignet erscheinenden Augenblick niederzuschlagen, wenn diese Rüstungen überhaupt noch einen Sinn haben sollen.“

Es hiesse aber, die Dinge auf den Kopf stellen, wenn die Demokratien ausgerechnet von uns eine Geste der Freundschaft und Bereitschaft zu internationaler Zusammenarbeit verlangen. Die Demokratien haben Deutschland von 1918 bis 1933 in einer Art und Weise gequält, gedemütigt und gepeinigt, wie es in der Geschichte einzig dasteht. Sie haben auch nie einen Finger gerührt, um uns in unserer verzweifeltsten Lage Erleichterungen zu verschaffen. „An wem also“, fragt der Minister, „wäre es demnach, diese Geste zu machen, an Deutschland oder an den demokratischen Staaten?“

Dr. Goebbels gibt dann einen umfassenden Ueberblick über die zahlreichen Provokationen und die internationale Hetze gegen Deutschland in den letzten Wochen. Er verweist dabei auf die Behauptungen

über eine angebliche deutsche Mobilisierung zum 6. März und auf die amerikanische Behauptung von der Einrichtung deutscher Flugstützpunkte auf den Karolineninseln. Er weist weiter auf die sensationelle Erklärung Roosevelts hin, wonach die Grenze der Vereinigten Staaten in Frankreich liege, und dass die nächsten Angriffsziele der autoritären Staaten Süd- und Nordamerika seien. Diesen Hetzen gegenüber aber ständen die wiederholten deutschen Erklärungen, dass es nichts mehr will, als was die anderen Völker schon längst besitzen, nämlich Sicherung des nationalen Lebens und Gerechtigkeit.

Die deutsch-englischen Wirtschaftsbesprechungen strafen die Kriegshetzer Lügen

Berlin, den 25. Februar (Transocean) Ashton-Gwatkin, der Chef der Wirtschaftsabteilung des britischen Aussenministeriums, der während der ganzen Woche für die Vorbereitung der bevorstehenden Wirtschaftskonferenz in Berlin gewesen war, beendete seinen wichtigen informatorischen Besuch in Berlin am Freitag mit einer jüngeren Unterredung mit Generalfeldmarschall Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Sonderkommissar für den Vierjahresplan.

Gwatkin kehrt am Sonnabend nach London zurück, um der britischen Regierung und hauptsächlich Oliver Stanley, dem Präsidenten der britischen Handelskammer, der im nächsten Monat die britische Wirtschaftsabordnung nach Deutschland führen wird, über seine Eindrücke zu berichten. Ausser den Verhandlungen mit Generalfeldmarschall Hermann Göring hatte der britische Wirtschaftschef auch mit dem deutschen Aussenminister von Ribbentrop, dem Wirtschaftsminister Walther Funk, dem Reichsbankdirektor Puhl, der vorübergehend den ernstlich erkrankten Vizepräsidenten der Reichsbank, Staatssekretär Brinkmann, vertritt, und vielen anderen deutschen Industriellen und Sachverständigen Unterredungen gehabt.

In massgebenden Kreisen wird betont, dass Ashton-Gwatkins Besuch in Berlin hauptsächlich einen informativen Charakter hatte, sodass es gleich von Anfang an klar war, dass diese Besprechungen und der Meinungsaustausch nicht mit irgend einem besonderen, geschriebenen

(Fortsetzung Seite 12)

Spanien

Bestialitäten der Schützlinge der „humanitären“ Demokratien

Berlin, den 25. Februar (Sender) Aus Barcelona wurden gestern wieder Mordtaten der bolschewistischen Soldaten gemeldet. Nahe der französischen Grenze fand man 42 zerstückelte Menschenleichen. Unter diesen Toten befanden sich der Erzbischof von Tarragona und Oberst (?), der heldenmütige Verteidiger von Teruel, die fast zur Unkenntlichkeit misshandelt worden waren.

110 000 Gefangene in Katalonien

Berlin, den 25. Februar (Sender) Wie aus Burgos gestern amtlich mitgeteilt wurde, haben die nationalspanischen Truppen bei ihrer Katalonienoffensive insgesamt 110 000 Gefangene gemacht.

Roter Häuptling geht in Sicherheit

Berlin, den 25. Februar (Sender) Der Häuptling der roten Milizen, General Miacha, hat sich schon einen Alterssitz besorgt. Die mexikanische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, Miaja in Mexiko aufzunehmen.

Berard nach Paris zurückgekehrt

Berlin, den 25. Februar (Sender) Senator Leon Berard hat seine amtlichen Aufgaben in Burgos erledigt. Er hatte gestern nachmittag eine kurze Unterredung mit dem nationalspanischen Aussenminister Gordona, über deren Inhalt aber nichts verlautet. In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages hat Berard Burgos in Richtung Paris verlassen.

Kammer billigt Daladiers Spanienpolitik

Paris, den 25. Februar (Transocean) Die Kammer billigte am Freitag mit 323 gegen 261 Stimmen Daladiers Spanienpolitik. Zu dem Antrag der französisch-spanischen Freundschaftsgruppe in der Kammer, eine Spaniendebatte anzuberaumen, hatte Daldier unter Stellung der Vertrauensfrage verlangt, dass die Beratung dieses Antrages vertagt würde. In seinen weiteren Ausführungen erklärte Daladier, dass er dem Ministerrat am Montag die Anerkennung Francos vorschlagen werde. Er beklagt dabei die Uebereinstimmung mit der englischen Politik.